

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Belegblätter 4 mal. Bezugspreis: monatlich 1,00 Mark. Die Anzeigenerlöse betragen 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einseitige Seite oder deren Raum 16 Goldpfennige, die Reklameseite 46 Goldpfennige. Die Anzeigenerlöse werden bei jeder Lieferung in bar oder durch Banküberweisung bezogen. Für telefonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 150

Altensteig, Donnerstag den 1. Juli

1926

In der Krise

Reichstagsauflösung, Kabinettsrücktritt oder Vertagung?

Der Reichstag hat am Dienstag die Generaldebatte über das Fürstenabfindungsgesetz vertagt. Man will sie erst bei der dritten Lesung vornehmen. Damit ist zunächst einmal eine geordnete parlamentarische Behandlung des Regierungsentwurfs im Plenum gesichert, da alle prinzipiellen Erörterungen hierbei weggelassen. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß das Gesetz etwa schon unter Dach und Fach wäre. Im Gegenteil ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß im Verlaufe der Abstimmungen, die in der zweiten Lesung paragraphenweise vorgenommen werden, einzelne Paragraphen oder auch ganze Abschnitte abgelehnt werden. Wir befinden uns also mitten in der Krise, von der man noch nicht sicher sagen kann, ob sie zur Genehmigung — sprich Sommerferien — oder zum Tode, d. h. Auflösung und Neuwahlen führt. Es gibt freilich noch eine dritte Möglichkeit, und das wäre angesichts der gesamtpolitischen Lage zweifellos diejenige, die man draußen im Lande am ehesten verstehen würde, wenn es jetzt nicht gelang, die Regierungsvorlage unter Dach und Fach zu bringen. Das wäre die Vertagung bis zum Herbst, wie das von der „Täglichen Rundschau“, dem Blatt Stresemanns angefragt, von der Linkspresse aber einmütig abgelehnt wird. Hiergegen aber wehren sich aus begrifflichen Gründen die Sozialdemokraten, die sich von Neuwahlen ein großes Geschäft versprechen. Weniger begrifflich ist es, daß auch das Zentrum sich für die Auflösung einsetzt, falls es nicht gelingt, die Abfindungsvorlage jetzt durchzubringen. Für den allgemein politischen Kurs, den das Zentrum nun seit Jahren führend mitmacht, nämlich die Politik der Mitte, wäre aber damit ganz sicher nichts gewonnen und es ist gar keine Frage, daß nach Neuwahlen die Verabschiedung eines irgendwie gearteten Abfindungsgesetzes zum mindesten noch größere Schwierigkeiten machen würde, als jetzt, wenn sie nicht dann, was wir für wahrscheinlich halten, überhaupt unmöglich wäre. Es wird behauptet, daß das Zentrum, falls man ihm nach einem Scheitern der Regierungsvorlage nicht das Auflösungsdekret bewilligt, wenigstens für seine eigene Partei die Konsequenzen ziehen, d. h. aus der Regierung ausscheiden wolle. Schließlich gibt es noch allerlei andere Dinge, die für die nächste Zeit eine vollaktionsfähige Regierung erforderlich machen. Das Erwerbslosenproblem wird immer dringlicher und außenpolitisch steht die Völkerbundsatzung in Genf bevor, die Deutschlands Eintritt bringen soll. Es wäre also ein kaum zu verantwortendes Beginnen, wenn man in diesem Augenblick eine Regierungskrise heraufbeschwören wollte, die länger oder kürzer dauern würde.

Aber soweit sind die Dinge ja zur Stunde noch nicht gediehen. Die nächsten Tage werden noch mit intensiven Verhandlungen hinter den Kulissen ausgefüllt sein. Die drei wichtigsten Streitfragen haben sich mit der Zeit deutlich herausgeschält. Die sozialdemokratischen Forderungen zielen in erster Linie darauf ab, daß die Reichtümer des Sondergerichts durch den Reichstag gewählt werden. Hier ist man, wie es scheint, innerhalb der Koalition noch zu einem beschiedenen Entgegenkommen bereit. Man will nämlich versuchen, sich mit den Sozialdemokraten auf der Basis zu einigen, daß man ihnen die Namen der in Aussicht genommenen Persönlichkeiten mitteilt. Vollkommen aussichtslos dürfte dagegen die Forderung der Sozialdemokraten auf eine Erweiterung der Rückwirkung des Abfindungsgesetzes sein. Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei haben hierzu bündig erklärt, daß sie diese Konzession nicht machen könnten. Auch die Frage der Renten der Standesherren ist nach ein Streitpunkt, der zu bereinigen ist.

Von der Deutschnationalen ist in den letzten Tagen immer weniger die Rede gewesen, und das hat auch seinen guten Grund. Die Deutschnationale Volkspartei hat sich nämlich allen vernünftigen Erwägungen unzugänglich gezeigt und damit bewiesen, daß sie für die Durchsetzung des Gesetzes im Reichstag höchstens passiv in Frage kommt.

Die französische Regierungserklärung

Die Regierungserklärung wurde von Briand in der Kammer verlesen. Die Erklärung ist in der Hauptsache mit Betrachtungen über das Finanzprogramm ausgefüllt. Betont wird, daß die neue Regierung in allen anderen Punkten die Politik des vergangenen Kabinetts fortsetzen werde. Die Regierungserklärung wurde ohne Begeisterung aufgenommen. Nur von einzelnen Banken des Zentrums und der Rechten ertönten Beifallsrufe. Derriot gab alsdann die

eingegangenen Interpellationen bekannt. Briand erklärte, daß Caillaux am kommenden Dienstag eine umfassende Darstellung der Finanzlage gelegentlich der Behandlung seiner neuen Projekte geben werde. Die Regierung wünsche, daß die Interpellationsdebatte auf Dienstag vertagt werde. Die meisten Interpellanten erklärten sich damit einverstanden. Nur der Kommunist Cahin protestierte und bestand auf einer sofortigen Debatte. Es kam zu einer unerwarteten Intervention Tardieu, der von der Regierung die Zustimmung verlangte, daß bis zum kommenden Dienstag durch Vermittlung der Banque de France keinerlei Verhandlungen wegen Eröffnung auswärtiger (auch amerikanischer) Kredite eingeleitet werden. Briand erwiderte, die Regierung könne unmöglich eine solche Verpflichtung eingehen, da sie sich nicht in ihrer Handlungsfreiheit gelähmt wissen wolle. Er bestand darauf, daß die Debatte auf Dienstag nächster Woche vertagt werde. Die Abstimmung der Vertrauensfrage ergab 291 gegen 130 Stimmen. Die Stimmenthaltung war außerordentlich groß; sie dürfte ungefähr 140 Stimmen ausmachen.

In der Regierungserklärung heißt es u. a.: Die Zusammenfassung des Kabinetts sei der beste Beweis dafür, daß es alle politischen Erwägungen in den Hintergrund gestellt habe und von dem Geiste größter nationaler Verträglichkeit erfüllt sei. Das Kabinett zweifle nicht daran, daß das Parlament seinerseits in demselben Geiste entschlossen sei, durch aktive Unterstützung ihm die für die Durchführung seiner schwierigen Aufgaben unerlässliche Stabilität zu vermitteln. Alle Parteien seien in gleicher Weise an der schnellstmöglichen Regelung des Finanzprogramms interessiert. Die Zusammenarbeit der Regierung und des Parlaments sei dafür unerlässlich. Sie werde erfolgreich sein oder scheitern, je nachdem welches Vertrauen und welche Dauer das Parlament ihm gebe. Die Erklärung bringt dann einen Hinweis auf den Ausgleich des Budgets und die Zusicherung, daß die allgemeine Einkommensteuer und die Besteuerung der Mobilienwerte herabgesetzt werde. Genaue Angaben über die Finanzprojekte fehlen. Interessant ist die Feststellung, daß die Regierung beschlossen hat, die Stabilisierung des Franken so schnell wie möglich in Angriff zu nehmen. Die Regierung, so sagt die Erklärung, verkenne nicht die Schwierigkeiten dieses Problems, hoffe sie aber mit der vertrauensvollen Unterstützung der Emissionsbank zu bewältigen. Die Unabhängigkeit der Bank von Frankreich werde weiterhin aufrecht erhalten und ihr Kredit von dem des Staates unabhängig bleiben. Andererseits wisse die Regierung sehr wohl, daß zur Verwirklichung des gewünschten Zieles eine internationale Mitwirkung erwünscht sei; sie könne aber auf keinen Fall zulassen, daß der Souveränität des Landes auch nur der geringste Abbruch getan werde. Die Regierung sei sich ferner bewußt, daß die Regelung der interalliierten Schulden eine weitere Voraussetzung für die Durchführung der Stabilisation bilde. Die Regierung beabsichtige, so schnell wie möglich die Verhandlungen fortzusetzen, damit dem Parlament das Problem in seiner Gesamtheit unterbreitet werde und es im gegebenen Augenblick nicht ein Abkommen mit einem der Gläubigerstaaten zu ratifizieren habe. Die Ratifizierung der gesamten auswärtigen Schulden könne nicht vorgenommen werden, ohne daß die Regierung die Gewissheit erlangt habe, daß sie über die für die Schaffung einer widerstandsfähigen Regierung notwendigen Mittel verfüge. Die Schlussworte lauten: Das Leben der Nation steht auf dem Spiel. Die Zeit der doktrinären Gesetze ist vorüber. Es handelt sich nicht mehr darum, zu diskutieren, worauf es ankommt, ist: zu handeln.

Neues vom Tage

Das 50jährige Bestehen des Reichsgesundheitsamts

Berlin, 30. Juni. Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Reichsgesundheitsamts hielt der Reichsinnenminister Dr. Kähl in der Feststunde, die in Gegenwart der Reichsregierung, der Vertreter der Länderregierungen und der medizinischen Wissenschaft und Praxis am 30. Juni in Berlin eine bedeutsame Rede, in der er an der Hand der Entwicklungsgeschichte des Reichsgesundheitsamts die steigende Bedeutung der Hygiene als Wissenschaft und als Faktor der öffentlichen Gesundheitsfürsorge darlegte. Der Minister erinnerte an die Entdeckung des Tuberkelbazillus durch Robert Koch während seiner Tätigkeit im Reichsgesundheitsamt und des Erregers der Syphilis durch Fritz Schaudinn. In harter und gerader Linie habe die Tätigkeit des Reichsgesundheitsamts von der alten Staatsarzneikunde über den Weg der Medizinalpolizei zur öffentlichen Gesundheitsfür-

sorge und zu einem Recht des Menschen auf Gesundheit geführt. Mit besonderer Dankbarkeit gedachte der Minister des gegenwärtigen Präsidenten des Reichsgesundheitsamts, Dr. Bamm, der nach mehr als 20jähriger Tätigkeit aus seinem Amte scheidet. Der Reichspräsident sandte ein Glückwunschschreiben.

Zur Zollfrage

Berlin, 30. Juni. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt eine Fraktions Sitzung ab, in der sie sich mit der Zollfrage beschäftigte. Die Fraktion beschloß, die Vertagung der jetzt geltenden Zollsätze, die im Zollgesetz als ermäßigte Sätze vorgesehen waren (Lebensmittelsätze), bis zum 1. Dezember d. Js. zu beantragen.

Verfälschung bei den französischen Besatzungstruppen

Paris, 30. Juni. Der Sozialist Uhrig, der sich seit langem mit den Fragen des besetzten Gebietes befaßt, richtet in der „Ere Nouvelle“ einen offenen Brief an Caillaux, in dem er auf die Verfälschung bei den Besatzungstruppen hinweist. Obwohl die Rheinarmee seit zwei Jahren von 147 000 auf 82 000 Mann herabgesetzt worden sei, habe der Generalstab der Armee noch dieselbe Organisation, verfüge über dieselbe Zahl von Offizieren und fungiere immer noch wie ein Generalstab im Felde. Die französische Armee sei außerordentlich großzügig und luxuriös untergebracht. In Wiesbaden seien für Soldatenhäuser und Kantinen 50 000 Goldmark bezahlt worden. In Bonn sei das Offizierskasino in einem Hause untergebracht, dessen Mietpreis 21 000 Goldmark betrage. Der oberste Armeegeneral bewohne in Mainz eine Etage von 15 Zimmern, die monatlich 4000 Franken koste. Der Automobildienst sei vielfach überflüssig. Den Offizieren würden Automobile zu privaten Zwecken zur Verfügung gestellt und nur 10 Franken für den Tag berechnet.

Abbruch der Ausfuhrarbeiten der vorbereitenden Abrüstungskonferenz — Vollkommener Sieg des französischen Standpunktes

Genf, 30. Juni. Der Marineauschuß der vorbereitenden Abrüstungskommission hat im wesentlichen seine Arbeiten beendet. Als Grundlage für die Beurteilung wurde die Gesamttonnage ohne Unterschied der Schiffsklassen angenommen, im Gegensatz zu den Washingtoner Beschlüssen, die die Schiffsklassen als Vergleichsbasis heranzogen. Der Militärauschuß hat gleichfalls seine Arbeiten beendet. Er beschloß mit 16 Stimmen gegen die Stimmen Amerikas, Deutschlands und Hollands, als einziges Kriterium für die Stärke einer Armee den ausgebildeten Friedensstand ohne Berücksichtigung der Waffen anzunehmen, wobei die Ausbildungszeit nicht festgelegt werden soll, jedoch es jedem Staat überlassen bleibt, welchen Teil seiner Truppen er als Rekruten betrachten will. Die Folge davon wäre, daß Frankreich bei 450 000 Mann nach Abzug von 70 000 Offizieren einen Bestand von 380 000 Mann hätte. Die Dienstzeit in Frankreich beträgt 18 Monate. Falls nun die französische Regierung die ersten 12 Monate als Ausbildungszeit bezeichnen sollte, was sie vermutlich auch tun wird, so hätte die französische Armee einen ausgebildeten Friedensstand von nur 125 000 Mann, zugleich der Polizei und der Gendarmerie dazugezählt, deren Reichswehr eine 12jährige Dienstzeit hat, würde bei Hinzuzählung der Polizei einen weit höheren ausgebildeten Friedensstand als Frankreich besitzen.

Granatenerplosion bei einer polnischen Manöverübung

Kowel (Polen), 30. Juni. Als eine Kompanie des 26. polnischen Infanterie-Regiments in der Umgebung von Kowel Manöverübungen abhielt, explodierte auf dem Manövergelände eine vermutlich aus dem Weltkrieg herrührende 18 Zentimeter-Granate. Durch die Explosion wurden 2 Offiziere und 36 Soldaten getötet, 30 schwer und 11 leichter verletzt.

Abd el Krims Schicksal entschieden

Paris, 30. Juni. Nach dem „Petit Parisien“ haben die französischen und spanischen Delegierten eine Entscheidung über das Schicksal Abd el Krims und der Kisleute, die sich in seiner Umgebung befinden, getroffen. Abd el Krim selbst werde sehr wahrscheinlich nach einer französischen Kolonie in Afrika — man spricht immer noch von Madagaskar — verbracht.

Das spanische Königspaar in London

London, 30. Juni. Der König und die Königin von Spanien, die sich etwa 2 Wochen in England aufhalten werden, sind heute abend in London angekommen, wo ihnen ein begeisterter Empfang bereitet wurde.

Großes Schadenfeuer

Graz, 1. Juli. Wie die Zeitungen melden, ist in Abfall im unteren Murtales durch spielende Kinder ein Brand ausgebrochen, der die Anwesen von 23 Besitzern zum größten Teile einäscherte. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Dinar.

Flugzeugunglück bei Suez

Kairo, 30. Juni. In der Nähe von Suez ist ein Flugzeug einer dortigen Fliegerschule verunglückt. Die beiden Insassen wurden getötet.

Deutscher Reichstag

Berlin, 30. Juni.

Präsident Ebbé eröffnet die Sitzung um 1.30 Uhr. Aufsehen erregt die Mitteilung des Präsidenten, daß die Vorlage zur Verlängerung des Reiches über die Ausweisung von Verurteilten bis zum Ende des Jahres 1928 (Sportgesetz betr. die Fürstenabfindung) jetzt beim Reichstag eingebracht ist. Der Reichstag hat befaßlich diese Vorlage schon angenommen.

Die 2. Lesung des Gesetzesentwurfes über die Fürstenabfindung wird dann beim Paragraphen 8 fortgesetzt. Dieser bestimmt, daß Stillisten, Kronstiftungsrenten, Kronstiftungsrenten und ähnliche Renten entschädigungslos fortfallen.

Abg. Graf von Merfeldt (Dn.) beantragt die Streichung dieses Paragraphen. Es handele sich hier um einen Eingriff in die Unverletzlichkeit des Privateigentums. Das sei ein Verstoß gegen die Verfassung von Weimar. (Wärm links.)

Abg. Dr. Pfeiler (Bayer. Va.) teilt mit, daß die Bayerische Volkspartei gegen diese Bestimmungen Bedenken habe. Ihre Zustimmung sei daher nur vorläufig. Sie behalte sich ihre endgültige Stellungnahme vor. (Hört, hört.) Paragraph 8 wird dann angenommen mit den Stimmen der Regierungsparteien, der Wirtschaftl., Vereinigung und der Sozialdemokraten.

Die Paragraphen 9-12 handeln von den Gegenständen, die aus der Streitmasse vorweg dem Lande aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit zuzuteilen sind, insbesondere Theater, Schlösser, Museen, Parkanlagen usw. Die Höhe der Entschädigung bestimmt das Sondergericht nach freiem Ermessen. Den jetzt lebenden Mitgliefern der ehemals regierenden Fürstendhäuser soll eine angemessene Lebenshaltung gewährleistet werden.

Abg. Dr. Rosenfeld (Sos.) verlangt bei den Waldungen besondere Rücksichtnahme auf die Volksgesundheit.

Abg. Graf von Merfeldt (Dn.) fordert Streichung dieser Bestimmungen. Auch hier handele es sich um einen Eingriff in das Privateigentum.

Abg. Schulte (Ztr.) verteidigt die Ausschlußbeschlüsse. Die Fürsten sollen alles unzweifelhafte Privateigentum erhalten werden. Die Fürsten haben aber kulturelle Pflichten dadurch erfüllt, daß sie Kunstsammlungen, die sie erworben haben, dem Volk zur Verfügung freigegeben. In diesem Fall soll event. eine Enteignung gegen Entschädigung erfolgen.

Abg. Tiedt (Komm.) hält es für unerträglich, daß die Entscheidung über die Kulturgüter den Hindenburgrichtern des Sondergerichts überlassen bleiben soll. Die Fürsten seien die Würder des Volkes. Nicht den Fürsten solle man helfen, sondern den Opfern des Krieges. (Große Tumultstöne entstehen als der Redner heftige Anarisse gegen den früheren Kaiser Wilhelm richtet, von dem er nur als von dem „Deserteur Wilhelm“ spricht. Die Rechte antwortet mit Entrüstungsrufen. Der Präsident ruf die Ausdrucksweise des Kommunisten als unparlamentarisch. Darauf wiederholt der Abg. Tiedt seine Beschimpfungen und ruft: „Der Deserteur Wilhelm ist ein erbärmlicher Sozialist“. Der Präsident ruft den Abg. Tiedt zur Ordnung. Im ganzen Saale und auf den Tribünen herrscht onbaltende Unruhe. Der Redner wendet sich dann gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg der den Soldaten Land und Wohnung versprochen habe, und ruft in den Saal: Hindenburg hat genau wie Wilhelm erbärmlich sein Wort gebrochen. (Noch diesen Worten klatschen die Kommunisten lärmend Beifall, während auf der Rechten ein ungeheurer Entrüstungssturm losbricht, der minutenlang andauert. Der Präsident ruft den Abg. Tiedt und eine Reihe von anderen Abgeordneten zur Ordnung.) Die Paragraphen 9-12 werden mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Wirtschaftlichen

Bereinigung neuen Deutschen und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Böttischen angenommen.

Die Paragraphen 13-17, die von Entschädigungs- und Ersparungsansprüchen und von der Aufwertung handeln, werden mit dem üblichen Stimmverhältnis angenommen.

Paragraph 18 bestimmt, daß die einem Fürstendhaus zugewiesenen Gelder bis zum Jahre 1930 nur für die privatrechtlichen Bedürfnisse oder zu wohltätigen oder kulturellen Zwecken verwendet werden dürfen. Kapital darf nur mit Genehmigung des Landes ins Ausland verbracht werden.

Abg. Pöhlmann (Dn.) verlangt Beseitigung dieser Bestimmungen, durch die die Fürsten zu Staatsbürgern zweiter Klasse gemacht würden. Es bestehe keine Veranlassung dazu, die Fürsten unter Polizeiaufsicht zu stellen, denn keiner habe etwas gegen den Bestand des neuen Staates unternommen. (Widerbruch links.)

Abg. von Riehthofen (Dem.) weist darauf hin, daß die Fürsten immer eine andere Rechtsstellung eingenommen haben, als andere Staatsbürger. Sie können deshalb auch nicht in derselben Weise behandelt werden. Der Staat, der große Beträge den Fürsten zahlt, muß sich davor hüten, daß diese Gelder zum Kampfe gegen ihn verwendet werden.

Paragraph 18 wird angenommen.

Es folgt die Beratung der Paragraphen 19-25, die Einzelheiten des Verfahrens regeln. Die Paragraphen 19 bis 25 werden angenommen mit einem Antrag der Regierungsparteien, der die Öffentlichkeit der Verhandlungen des Reichslandesgerichtes vorseht. Nur bei Gefährdung der Stillschließung soll die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden können.

Die letzte Gruppe umfaßt die Paragraphen 26-29. Danach ist das Sondergericht auch zuständig für Streitigkeiten über Abfindungen, Staatsrenten oder ähnlichen Staatsleistungen.

Die Paragraphen 26-29 werden angenommen mit einem Antrag der Regierungsparteien, wonach die Ansprüche der Deserteurtenhäuser für erloschen erklärt werden können, wenn im Hinblick auf ihre Entstehung und die seitberige geschäftliche Entwicklung ihr Fortbestand nicht gerechtfertigt erscheint.

Damit ist die zweite Beratung der Fürstenabfindungsoffensive erledigt. Sämtliche Paragraphen sind mit wechselnden Mehrheiten angenommen worden mit Ausnahme des Paragraphen 2, der die Zuständigkeit des Sondergerichtes behandelt. Angenommen wurden ebenfalls einige Änderungsanträge der Regierungsparteien, die ein Entgegenkommen an die Sozialdemokraten bedeuten.

Donnerstag 2 Uhr: Sportgesetz betr. Fürstenabfindung.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 1. Juli 1928.

Die deutschen Turner beim Präsidenten Coolidge. Bei ihrer Rundreise durch die Vereinigten Staaten folgte die deutsche Turnriege einer Einladung des Präsidenten Coolidge nach Washington. Die Riege wurde von dem Präsidenten auf das freundlichste empfangen. Er bemerkte, daß er sich freue, die deutschen Turner begrüßen zu können. Er selbst wäre gern zum Amerikanischen Bundesturnfest nach Louisville gekommen, wenn ihn nicht die Tagung des Kongresses abgehalten hätte. Besonders erfreut zeigte sich der Präsident über den großen Erfolg des Auftretens der deutschen Riege. Er befragte die Turner, wie es ihnen in Amerika gefallen hat, und über die Eindrücke, die sie vom Lande, von den Einwohnern und ihrer Aufnahme gehabt hätten. Einzelne Riegemitglieder wurden wiederholt ins Gespräch gezogen. Der Vorsitzende der D.L., Dr. Berger, dankte und gab seiner Freude über die freundliche Aufnahme Ausdruck. Bemerkte sei, daß auch der deutsche Botschafter dem Empfang der Riege beiwohnte. Der Empfang durch den Präsidenten ist kennzeichnend für die allgemeine Aufmerksamkeit, die man der deutschen Riege überall entgegenbringt. Auch die Presse ist voll von ihren Leistungen.

Zu den Steuerzahlungen im Juli. Die Finanzämter sind angewiesen worden, die Einkommensteuerbescheide (Körperschaftsteuerbescheide) möglichst bis zum Juliabrechnungstermin zuzustellen. Nach Empfang des Steuerbescheides haben die Pflichtigen die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer (Körperschaftsteuer) nicht mehr selbst zu berechnen. Auch die Abgabe der Voranmeldungen für die Einkommensteuer (Körperschaftsteuer) fällt weg. Die Vorauszahlungen sind nach dem Steuerbescheid zu entrichten. Um Zweifel darüber auszuschließen, ob dies auch für Steuerpflichtige gilt, die den Steuerbescheid in der Zeit vom 10. bis 17. Juli 1928 also innerhalb der Schonfrist erhalten, ist die Schonfrist allgemein bis zum 24. Juli 1928 verlängert worden. Wer bis zum 17. Juli 1928 (einschließlich) den Steuerbescheid erhalten hat, hat die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer (Körperschaftsteuer) ebenfalls nach dem Steuerbescheid zu entrichten. Steuerpflichtige, die bis zu 17. April 1928 den Einkommensteuerbescheid (Körperschaftsteuerbescheid) noch nicht erhalten haben, müssen die Vorauszahlungen wie bisher leisten. Die Verlängerung der Schonfrist gilt im Interesse der Steuerpflichtigen diesmal ausnahmsweise auch für die Umsatzsteuer.

Die Selbststeuer tritt in Kraft. Zu dem Schaumweinergesetz, das am 1. Juli in Kraft tritt, hat das Reichsfinanzministerium Ausführungsbestimmungen erlassen. Danach betragen die Steuerfüße 0,12 Mark bis 2 Mark für Schaumwein, je nach Größe der Flaschen. Für schaumweinähnliche Getränke aus Fruchtwein beträgt der Steuerfuß 0,05 Mark bis 0,40 Mark. Die Vorschriften regeln im Einzelnen die Kontrolle und die Durchführung der Besteuerung. Ueber die Nachversteuerung der vorhandenen Vorräte sind ebenfalls Ausführungsbestimmungen erlassen worden. Bestände bis zu 50 Flaschen bleiben von der Nachbesteuerung befreit.

Verlängerung der Geltungsdauer der Pässe. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, im Interesse einer Erleichterung des Reiseverkehrs mit dem Ausland die regelmäßige Geltungsdauer der Pässe von 2 auf 5 Jahre zu erhöhen und Familienpässe künftig auch für Einzelreisen der erwachsenen Pashaber zuzulassen.

Esringen, 29. Juni. (Abchied.) Nach 7jähriger erprießlicher Tätigkeit in der Gemeinde schied gestern Herr Hauptlehrer Binder von uns, um mit seiner Familie nach Grafenberg N.H. Rürtingen überzusiedeln.

Stammheim, 29. Juni. (Beerdigung.) Am 27. d. M. wurde Christian Schlichter, der frühere Besitzer des Friedensheims hier, beerdigt. Er wurde im Jahr 1876 geboren, wurde in Basel zum Missionar ausgebildet und belletete dann Stadtmissionarstellen in Mannheim und Mittweida, von wo er letzter Stelle erkrankt in die Heimat zurückkehrte. 1905 übernahm er nach seiner Verheiratung das Friedensheim, das er zu hoher Blüte brachte. Hunderte von seinen Kurgästen genossen in seinem Heim an Leib und Seele. Im Jahre 1918 sah er sich infolge Krankheit genötigt, sein Anwesen zu verkaufen, das an die Süddeutsche Vereinigung überging. Seit seinem Abgang von seinem Heim lebte er mit seiner ebenfalls leidenden Frau und seiner Tochter in der Wiete. Im März d. J. erkrankte er an dem leergewordenen Schwefelhaus, das er für seine Zwecke noch herrichten durfte. Die Gemeinde verliert an ihm einen geraden Charakter und einen vorbildlichen Christen.

Friedensstadt, 30. Juni. (Todesfall.) Im Alter von 43 Jahren ist heute morgen Sägewerksbesitzer Karl Gaiser, Teilhaber der Firma Gaiser und Hilt, Lohsburg-Rot an den Folgen eines Schlaganfalles plötzlich gestorben. Herr Gaiser wurde gestern nachmittag um 3 Uhr von einem

Die köstliche Perle

Original-Roman von Karl Schilling

(Nachdruck verboten.)

19) Erst langsam zerriß der Rosenfächer, den Amor um seinen Schlingling gewoben hatte.

Falkner kam zur Wirklichkeit zurück.

Das widerliche Bild Helers stieg vor ihm auf. Wie frech, wie unbegreiflich frech war dessen Benehmen gewesen!

Ihn so zu verdächtigen, zu höhnen und Charlotte so mit Schmutz zu bewerfen! Das sollte Heler büßen. Sein Schwiegervater, Kommerzienrat Wohlbrink mußte ihn noch heute aus seinem Dienste stoßen. Das stand dem Doktor fest!

Und je mehr sich Falkner in seinen Grimm hineinsteckte, umso mehr überließ er, daß die Angriffe Helers doch nicht ganz ohne Berechtigung gewesen waren.

Allerdings führte den Doktor heute nur der reinste Zufall mit Charlotte zusammen. Er wollte Frau Fertas aussuchen, und gerade auf der Klatschstraße traf er auf das Mädchen, das von einem Einkauf aus der Stadt zurückkehrte. Natürlich schloß er sich ihm an und so kam es, daß sie gemeinsam das Zimmer betreten.

Sein Gang zu Frau Fertas war unbedingt notwendig gewesen. Das wußte er am besten.

Er hatte sich in den letzten Wochen in der Angelegenheit seines Schmuckes nach Stockholm gewendet und zwar zunächst an die Goldschmiedewinnung.

Der Bescheid, der zurückkam, lautete allerdings wenig aussichtsreich.

An dem Sitzungabend, an dem der Obmann die Angelegenheit Falkners vortrug, hatte man erst geschwiegen, dann aber über den sonderbaren Menschen gelächelt, der auf ein kostbares Schmuckstück von 30 000 Mark Anspruch erhob, ohne jede Angabe, außer der, daß die Perle vor mehr als 20 Jahren gekauft, bezahlt und deponiert worden sei. Nicht einmal den Namen des betreffenden Juweliers könne er an-

geben, und dabei zählte Stockholm allein 163 junktmäßige Goldschmiede. Das Schlüsselchen beweiße gar nichts.

Dr. Falkner ließ sich durch dieses Schreiben keineswegs entmutigen. Er wandte sich in einer ausführlichen Bittschrift an das deutsche Konsulat in Stockholm.

Nach 14 Tagen kam die für ihn bittere Antwort: die Sache sei so persönlich, so privat, daß es lediglich Angelegenheit des Bittstellers sei, sie zu verfolgen. Ferner könne sich das Konsulat nicht der Ansicht enthalten, daß seine Annahme wohl auf Irrtum beruhe, auf keinen Fall solle er viel Hoffnung tragen, das bewußte Wertobjekt zu erlangen, zumal er nicht einmal den Namen des Juweliers angeben könne und keinerlei schriftlichen Beleg besitze. Das Konsulat gebe den Rat, am besten auf die ganze Sache zu verzichten und nicht Auslagen auf sich zu nehmen, die nur einen pekuniären Verlust bedeuten müßten.

Das Schreiben des Konsulates verstimmte Dr. Falkner doch mehr, als er sich eingestehen wollte. War es wirklich nicht ratfamer, die ganze Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen? Dann kamen ihm Zweifel, ob das, was Frau Fertas ihm berichtet, glaubhaft sei. Sein Vater hatte den angeblichen Kauf der köstlichen Perle im Fieberwahn erzählt, die Mutter das Geheimnis in der Todesstunde offenbart. Wer bürgte für die Wahrheit? Allerdings, das Schlüsselchen, das erschien ihm doch als schwacher Wahrscheinlichkeitsbeweis.

Dann wieder hielt er sich die Größe des Gegenstandes vor Augen. Die Perle hatte sicherlich an Wert noch gewonnen und wenn der Schmutz wirklich sich so kostbar erwies, wie Frau Fertas behauptete, war es da nicht Sünde, die gewaltige Summe ohne allen Kampf einem unbekanntem Gegner zu überlassen?

Ob er seinen Schwiegervater ins Vertrauen zog? Der schloß ihm gern ein Kapital vor, daß er eine Reise nach Stockholm unternehmen und die Sache persönlich verfolgen konnte!

Dann kam er wieder von dem Gedanken ab. Eine innere Stimme warnte ihn. Das Geheimnis schien ihm zu heilig, es dem profanen Sinn des Kommerzienrates zu offenbaren.

Jedenfalls wollte er noch einmal mit Frau Fertas sprechen. Vielleicht konnte sie sich doch eines Namens, einer beweisenden Tatsache entsinnen, vielleicht existierte außer dem Schlüsselchen noch ein Beleg für die Klärung und Berechtigung seiner Ansprüche.

So war er heute auf dem Wege gewesen, sie aufzusuchen und sie um Auskunft zu bitten, als er Charlotte begegnete und sich dann die häßliche Szene mit Heler ereignete.

Ruh mußte er heute auf bessere Gelegenheiten verzichten, und da ja Charlotte in das Geheimnis nicht eingeweiht war, einen Zeitpunkt erlauschen, wo er mit Frau Fertas allein sprechen konnte.

Doch ehe es hierzu kam, sollte ihn eine andere Lebensfrage interessieren und beschäftigen.

Geheimrat Dr. Hausfeld, der mit neuer Kraft von der Abviera zurückgekehrt war und seine Praxis wieder selbst leitete, telephonierte, Falkner möge, wenn irgend möglich, in den Nachmittagsstunden bei ihm vorsprechen.

In der fünften Nachmittagsstunde begab sich Falkner in Hausfelds Wohnung.

Der Geheimrat empfing ihn mit großer Herzlichkeit. Er hatte Falkners Entwicklungsengang mit regem Interesse verfolgt, den jungen Arzt und tüchtigen Gelehrten schätzen gelernt und umgab ihn mit einer gewissen väterlichen Fürsorge. Daß er die Verlobung seines Schlinglings mit der reichen Kommerzienratstochter in die Wege gelenkt hatte, war sein besonderer Stolz. Denn das Leben hatte ihm gezeigt, daß gerade ein Arzt sich nur dann eine gesicherte Zukunft bauen kann, wenn er pekuniär gut fundiert ist. Und Dr. Falkner war ein armer Schüler.

So reichte er ihm fest und herzlich die Hand und lud ihn zum Essen ein.

„Was macht das gnädige Fräulein Braut?“ „Danke, alles gut!“ „Auch Frau Kommerzienrat und Herr Schwiegervater?“ Falkner nickte bejahend.

(Fortsetzung folgt.)



Beste Nachrichten.

Das Schicksal der Regierungsvorlage über die Fürstenentschädigung

Berlin, 1. Juli. Der gestern zu Ende geführten zweiten Lesung der Regierungsvorlage über die Fürstenentschädigung kommt, wie die Blätter betonen, nur formale Bedeutung zu. Die endgültige Entscheidung über die Vorlage werde erst am Freitag bei der dritten Lesung fallen. Ob es bis dahin in den vorgezeichneten interfraktionellen Besprechungen gelinge, eine Zweidrittelmehrheit für die Vorlage zu sichern, dürfte, wie die Blätter betonen, zum mindesten zweifelhaft sein. Auch sei noch unbekannt, was die Regierung im Falle einer Ablehnung des Gesetzes tun werde.

Im Zusammenhang mit der Erörterung der von dem Reichsminister des Innern in Aussicht gestellten Konsequenzen tritt das „Berliner Tageblatt“ den Gerüchten entgegen, daß der Reichspräsident von Hindenburg sich einem Ersuchen des Kabinetts, das Dekret zur Reichstagsauflösung zu unterzeichnen, versagen würde. Der Reichspräsident soll nach dem genannten Blatt durchaus geneigt sein, den etwaigen Wünschen des Reichskabinetts hinsichtlich einer für notwendig gehaltenen Reichstagsauflösung Rechnung zu tragen.

Die italienische Ausfuhr nach Deutschland
Rom, 1. Juli. In einem Bericht über die italienische Ausfuhr schreibt der „Lavoro“ in Genua, daß Deutschland

das wichtigste Land für die italienische Ausfuhr sei. Ob jedoch Italien sich in dieser Stellung auch im neuen Jahr werde behaupten können, sei zweifelhaft. Jedenfalls beweisen die Ziffern des Außenhandels Italiens die große Bedeutung, welche der deutsche Markt für Italien habe und Italien müsse sich anstrengen, damit ihm dieser Markt erhalten bleibe und immer günstiger werde. Man dürfe nicht gleichgültig einen Markt von dieser Bedeutung aufs Spiel setzen.

Chamberlain über die Herstellung von Kriegsmaterial in Deutschland

London, 1. Juli. In Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus erklärte Chamberlain, daß alle 34 deutschen Fabriken, die durch den Friedensvertrag zur Herstellung von Kriegsmaterial berechtigt seien, beschäftigt seien, jedoch nach eingezogenen Informationen augenblicklich in der Hauptsache mit der Herstellung von Handelsartikeln.

Von der Internationalen Rote Kreuz-Konferenz

Dolo, 1. Juli. Die Internationale Rote Kreuz-Konferenz nahm eine Entschließung an, in der empfohlen wird, Stationen zur Förderung der Gesundheit der Seefleute in allen Häfen der ganzen Welt einzurichten.

Die Erdbebenkatastrophe auf Sumatra

Padang (Sumatra), 30. Juni. Heute morgen um 3 Uhr wurde hier ein neuer kräftiger Erdstoß wahrgenommen. Die Bevölkerung, der sich eine große Panik bemächtigte, flüchtete in großer Hast aus dem Bereich der Stadt.

Der Präfeld, der gestern abend von seiner Inspektionsreise durch das Erdbebengebiet zurückkehrte, teilte Pressevertretern u. a. mit, daß die genaue Zahl der Toten und Verwundeten noch nicht angegeben werden könne.

Bandoeng, 30. Juni. Am Mitternacht wurde in der Stadt Solok eine Feuerfäule über dem Vulkan Palang wahrgenommen. Die Bevölkerung der Stadt und der umliegenden Orte ist in großer Unruhe. In Fort van der Capellen ist das Gefängnis eingestürzt, wobei verschiedene Gefangene getötet wurden. Von den Ombilin-Steinkohlenbergwerken sind Berichte eingegangen, daß die Bergwerksbetriebe großen Schaden erlitten haben. Die Telegraphen- und Telephonverbindungen sind noch größtenteils gestört.

Vom Bliß erschlagen

Berlin, 1. Juli. In Remmst in Schwaben überraschte ein Gewitter den 16jährigen Bauernsohn Leonhard Hartmann und seinen 14jährigen Bruder Anton bei der Heuernte. Die beiden, die unter einer Tanne Schutz suchten, wurden vom Bliß getötet.

Wetter für Freitag

Der Hochdruck im Norden beherrscht nach wie vor die Wetterlage. Für Freitag ist vielfach heiteres und in der Hauptsache trockenes, nur zu vereinzelten Gewitterstörungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk.



JULI 1926

Die Kur- und Badesaison
bringt für viele guten Verdienst. Was davon nicht sofort verbraucht wird, sollte ungesäumt zur Sparkasse gebracht werden. Es ist damit vor Gefahren geschützt, trägt Zins und steht jeden Tag wieder zur Verfügung.

Württ. Landessparkasse
gegründet 1818
Öffentliche Ersparnis- und Kreditanstalt
mit Girokasse, Bank- und Börsenabteilung
Kanzleistr. 25 Stuttgart b. Stadtgarten
650 Zweigstellen im Lande

Käse billiger! direkt ab Fabrik.

Holländer Art	9 Pfd.	Mk. 4,50
Halb. Tafelkäse (Brotform)	" "	4,65
Lüpfert Art (bestat)	" "	5,40
Edamer Art (prima)	" "	5,40

Alle Sorten werden in eigener Fabrik aus bestem Rohmaterial hergestellt. Porto und Verpackung frei.
Otto Danke, Käsefabrik, Hamburg 21, A 74.

Der Sport-Bericht
ist in seiner neuesten Ausgabe jeweils zu haben in der W. Rieker'schen Buchhdlg., Altensteig.

Weit und breit
wird ihre Anzeige gelesen, wenn Sie dieselbe in der Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ aufgeben. Wollen Sie in weitem Umkreis Geschäfte machen, sei es mit der Landwirtschaft, mit dem Gewerbe, oder dem sonstigen Bürgerstande, so greifen Sie nur zu dieser Zeitung, deren wirksamer Anzeigenteil allgemein anerkannt ist.

Färberei u. chem. Reinigungsanstalt
Eugen Schaupp, Stuttgart Berg
empfiehlt sich im Färben und Reinigen : von Herren- und Damengarderoben :
Mäßige Preise : Prompte Bedienung
Annahmestelle in Altensteig bei Lydia Schaupp, Marktplatz.

Inserate für die Sonntags-Nummer bitten wir rechtzeitig, aufzugeben.

Bienenzüchterverein
Altensteig.
Einheitshoniggläser
wollen sofort bei mir bestellt werden. Gläser für 1 Pfund kosten 20 Pfg., für 2 Pfund 30 Pfg., Honigschilder dazu 10 Stück 12 Pfennig.
Schwarz.
Edelweiser.
Verkaufe am Samstag einen Wurf schöne starke
Milchschweine
Friedr. Raifch.

Altensteig.
Ca. 1800 Stück gebrauchte, gute
Dachziegel
hat zu verkaufen
Lorenz Luz jr.

Spiegel
in großer Auswahl empfiehlt die
W. Rieker'sche Buchhdlg.

Sei kein Tor wasch mit Perflor
So mild und schonend wie reinste Seifenflöcken. Im Gegensatz zu diesen aber vollkommen selbsttätig u. schneeweiß.
So bequem u. fleckenlos wie selbsttätige pulvrige Waschmittel, aber ohne deren Schärfe und Wäsche fressenden Gehalt an Wasserglas.
so wäscht nur
Perflor das einzige milde selbsttätige Waschmittel
PAKET 45 Pfg.
Perflor niemals heiß auflösen!

Drucksachen

aller Art, fertigt rasch und zu billigsten Preisen die

W. Riekersche Buchdruckerei, Inhaber L. Lauk, Altensteig.

